



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

31. Sitzung (öffentlich)

13. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 17:28 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1422 (Erläuterungen zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1628 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 2 Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW)** 15
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4532
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- 3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRNG NRW)** 16
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5351
- Wortbeiträge
- 4 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket** 17
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die schriftliche Anhörung im federführenden Ausschuss abzuwarten.
- 5 Anstieg der Zahl der Drogentoten und Stand der suchtmedizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen** 18
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/858
- Ausschussprotokoll 18/280 (Anhörung vom 07.06.2023)
- Wortbeiträge

6 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung vom 26.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

7 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

8 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Lena Teschlade (SPD), sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

9 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben! 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

10 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haar- ausfall) 28

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5412

– Wortbeiträge

11 HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen! 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5426

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

12 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zu- sichern! 30

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415

– Wortbeiträge

- 13 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Moderationsausbildung im Projekt „Interprofessionelle Qualitätszirkel Frühe Hilfen“** **31**
- Vorlage 18/1516
Drucksache 18/5646
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung zur Kenntnis.
- 14 Anerkennung ausländischer Fachkräfte in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1582
- Wortbeiträge
- 15 Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1583
- Wortbeiträge
- 16 Ende der Beratungsangebote „Perspektiven im Erwerbsleben“ und „Fachberatung Anerkennung“** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **37**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1581
- Wortbeiträge
- 17 Verschiedenes** **39**
- hier: **Anhörung zu Gesetzentwurf Drucksache 18/4278** **39**

6 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung vom 26.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 25.01.2023)

CDU und Grüne setzten sich wie im Koalitionsvertrag festgehalten für eine Ausweitung des Klimaschutzes ein, wobei Klimaschutz gleichzeitig auch Gesundheitsschutz sei, erläutert **Marco Schmitz (CDU)**. Dies finde sich im Antrag, und die Anhörung bestätige es. Aktuelle Meldungen über große Hitze in verschiedenen Regionen der Welt verdeutlichten die Dringlichkeit von Maßnahmen.

Meral Thoms (GRÜNE) schließt sich dieser Ausführung an. Der Klimawandel stelle eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar, die Klimakrise belaste auch die psychische Gesundheit gerade jüngerer Menschen. Daher forderten die Menschen zu Recht, dass die Politik handele und sie schütze.

Mit dem Antrag tue man genau das. Es würden damit der Hitzeschutz in Krankenhäusern und Pflegeheimen unterstützt und eine Aufklärungskampagne initiiert, die sich besonders an gefährdete Personengruppen richten solle. In Nordrhein-Westfalen werde eine nie dagewesene Summe in Klimaschutzmaßnahmen und Klimafolgenanpassung investiert, nämlich zusätzliche 800 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode.

Zwar bekenneten sich alle demokratischen Parteien zum Klimaschutz. Gehe es um die dafür nötigen finanziellen Mittel, stoße man jedoch oft auf Widerstände, so auch in den aktuellen Plenardebatten dazu. Die Koalitionsfraktionen ließen sich dadurch aber nicht von Maßnahmen abhalten. Der Sommer habe schließlich gezeigt, wie dringend in der Sache schnell gehandelt werden müsse.

Infolge des Klimawandels komme es durch die Hitzebelastung zu veränderten Krankheitsbildern insbesondere bei vulnerablen Personengruppen, greift **Franziska Müller-Rech (FDP)** auf. In Städten stürben bei Hitzewellen deutlich mehr Menschen als auf dem Land. Daher halte sie Risikokommunikation sowohl bei akuten Hitzewellen als auch im Sinne langfristiger Vorbereitung auf Hitzeereignisse für sinnvoll.

Der Antrag fokussiere jedoch deutlich auf den Krankenhausbereich etwa durch die Forderung nach der Einrichtung eines Krankenhaus-Klimaschutzfonds auf Bundesebene. Somit werde außerdem auch in diesem Antrag wieder einmal auf den Bund verwiesen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser erscheine diese starke Prioritätensetzung auf den Klimaschutz in diesem Bereich fraglich.

Aspekte wie die hausärztliche Begleitung von Risikopatienten oder die Klimaanpassung von Rehabilitationseinrichtungen würden im Antrag vernachlässigt. Daher werde die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Die SPD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, kündigt **Rodion Bakum (SPD)** an. Denn wie schon in der letzten Sitzung ausgeführt, enthalte der Antrag aus dem Beschluss der Landesgesundheitskonferenz kopierte Passagen – also richtige Aussagen –, sei ansonsten aber völlig unzureichend, da eben nur der Krankenhaussektor beleuchtet werde.

Laut Anhörung müssten 7,7 Milliarden Euro in den Klimaschutz investiert werden, die von der Landesregierung dafür bereitgestellte Summe reiche also bei Weitem nicht. Etwa für die KLIK-Manager sei von der Großen Koalition im Übrigen auch in der Vergangenheit schon in diesen Bereich investiert worden.

Die antragstellenden Fraktionen hätten nach der Anhörung leider keinen Ergänzungsantrag gestellt, obgleich dort Sachverständige aus dem ambulanten Sektor und auch dem öffentlichen Gesundheitsdienst, die im Antrag keine Berücksichtigung fänden, zu Wort gekommen seien.

Wie schon bei der Auswertung der Anhörung habe Meral Thoms (GRÜNE) auch heute weitere Aspekte angeführt, die sich nicht im Antrag fänden.

Zuletzt verweise er noch auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema „Klimagesundheit“. Seine Fraktion erwarte mit Spannung, ob der Gesundheitsminister die Verantwortung übernehme, diese zu beantworten. Seine Fraktion werde das Thema jedenfalls immer wieder aufgreifen, bis es alle Sektoren umfassende Maßnahmen gebe.

Wenn es in Pflegeeinrichtungen keine Klimaanlage gebe, brauche es statt einer Aufklärung der Menschen zum Umgang mit Hitze Klimaanlage, so **Christian Loose (AfD)**.

Im medizinischen Bereich fehlten Personal und Zeit für wichtige Schulungen etwa zu den Themen „Deeskalation“ oder „Verbesserung der Patientenversorgung“. Trotzdem solle nun eine weitere Schulung hinzukommen, in der Themen behandelt würden, um die Menschen aus ihrem familiären Umfeld bereits wüssten: bei heißem Wetter halte man sich im Schatten auf und trinke viel.

Bei den grundsätzlich unterfinanzierten Einrichtungen solle ein Drittel der Mittel nicht etwa in die Verbesserung der Versorgung, sondern in sogenannte Klimaschutzmaßnahmen investiert werden.

Hitzephasen und Extremwetterereignisse könnten in der Tat zu mehr Patienten führen. Wenn im Gesundheitssektor CO₂ gespart werde, verhindere dies aber keine Ereignisse wie die im Antrag angeführte Ahrtalkatastrophe. In den Jahren 1601, 1719, 1804 und 1910 sei es ebenfalls zu katastrophalen Hochwasserereignissen im Ahrtal gekommen. Als sinnvolle Maßnahmen sähe seine Fraktion einen von ihr schon zu Beginn der letzten Legislaturperiode geforderten guten Katastrophenschutz oder Änderungen im Baurecht, um den Bau von Häusern in Hochwassergebieten einzuschränken, an.

Mit der im Antrag angeführten Behauptung, der Gesundheitssektor trage mit einem Anteil von 5,2 % am bundesweiten CO₂-Ausstoß erheblich zur Klimakrise bei, werde von den echten Problemen – fehlendes Personal und schlechte Medikamentenversorgung – im Gesundheitssektor abgelenkt.

Die AfD-Fraktion lehne den Antrag daher ab und setze sich stattdessen für eine verbesserte Versorgung der Patienten ein.

Angesichts der Klimakrise müssten in Nordrhein-Westfalen gigantische Transformations- und Veränderungsprozesse angegangen werden, erklärt **Meral Thoms (GRÜNE)**. Dabei müsse genau überlegt werden, wo man einen Anfang mache. Mit der Prävention und der Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung tue der Antrag dies an genau der richtigen Stelle. Dort, wo es einen besonders hohen CO₂-Ausstoß gebe, bestünden mehr Handlungsmöglichkeiten.

Sie sehe daher keinen Grund, warum dem Antrag nicht zugestimmt werden können sollte.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

